4. Oktober 2011 | Prof. Dr. Fritz Tack

Rede des Alterspräsidenten

Meine Damen und Herren,
Alterspräsident wird man ohne eigenes Zutun.
Man muss nur alt genug und Mitglied dieses Hohen Hauses sein.
Deshalb sind von einem Alterspräsidenten auch keine besonderen Kenntnisse oder Fertigkeiten zu erwarten.
Zu erwarten sind allenfalls ein ganzes Stück Gelassenheit, eigene Erfahrungen und vielleicht Altersweisheiten, die das Leben mit sich bringen.
Aus der Sicht der Erfahrungen meines bisherigen Lebens, meiner beruflichen Prägung als Landwirt, als Hochschullehrer und als Landtagsabgeordneter will ich einige Blicke auf die vor uns liegende Wahlperiode und die damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Anforderungen werfen.
Seit vielen Jahren bin ich auch Vorsitzender der Thünengesellschaft e.V. Deshalb nehme ich gern eine Anleihe bei dem Agrarökonomen, Musterlandwirt und Sozialreformer Johann Heinrich v. Thünen, der im Jahre 1845 im Alter von 63 Jahren seine Anforderungen an Politik so formulierte:
„Möchten die Vertreter auf unseren künftigen Landtagen von der Erkenntnis durchdrungen, von dem Gedanken beseelt sein, dass Stadt und Land, wie alle aktiven Stände, Glieder eines organischen Körpers sind, von welchen keins verletzt werden kann, ohne dass die übrigen Glieder mitleiden, und dass nur in der Gesundheit und Kraft des ganzen Organismus das Wohl der einzelnen Glieder zu finden ist! Wird dieser Wunsch zur Tat, dann sehe ich im Voraus eine schöne Zukunft für Mecklenburg erblühen.“
Ich erlaube mir hinzufügen, dass dieser Zusammenhang natürlich genauso für Vorpommern gilt und heute für unser Land so aktuell wie damals ist.
Die vor uns liegende Wahlperiode wird vor allem davon geprägt sein müssen, alle Voraussetzungen zu schaffen, damit unser Land bis zum Ende des Jahrzehnts wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen kann. Das wird angesichts der Euro-Schuldenkriese eine sehr schwierige Aufgabe.
Was fehlt uns bis dahin? Was müssen wir noch leisten?
Ich habe in verschiedenen Veröffentlichungen gelesen, dass wir eine Wertschöpfungslücke von ca. 6 Milliarden Euro haben, die es zu schließen gilt.
Wir müssen also besser und effizienter werden. Wir müssen lernen, mit weniger werdenden Förder- und Solidarpaktmitteln umzugehen. Dazu sind viele Ideen in allen Lebensbereichen gefragt.
Wer, wenn nicht der Alterspräsident – auch wenn er der Jüngste in der Geschichte dieses Landtages ist - ist prädestiniert die demografischen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, anzusprechen?
Wir alle wissen, es werden immer weniger Menschen im Lande sein und wir werden immer älter.
Die Herausforderung der kommenden Jahre wird es sein, unter diesen Bedingungen die Lebensqualität aller Menschen zu erhalten und zu verbessern.
Wir stehen u.a. vor der Frage, wie wir die öffentliche Daseinsvorsorge gerade auch in entlegenen ländlichen Räumen sichern können.
Die Bürgerinnen und Bürger interessiert: - Wo finde ich den nächsten Arzt?
Fährt überhaupt noch ein Bus, wenn ich zum Amt muss?
Wie weit haben es die Kinder bis zur Schule?
Gibt es genügend Angebote in Sport, Bildung und Kultur und sind diese für mich noch erreichbar?
Meine Damen und Herren,
unstrittig dürfte sein, dass wir Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen einfordern müssen, die

ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten im 21. Jahrhundert zur Selbstverständlichkeit werden lassen.
Dazu gehört unbedingt ein Lohn, von dem jeder ohne staatliche Zuschüsse leben kann.
Eine klare und einheitliche Position im Lande für einen Mindestlohn, der dazu einen wichtigen Beitrag leisten kann, wäre meiner Meinung nach auch ein Signal für mehr Vertrauen in die Politik.
Vertrauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die wichtigste Ressource in der Politik.
Sie ist aber auch die knappste Ressource, wie man aus der Beteiligung an den zurückliegenden Wahlen in unserem Land erkennen kann.
Diese Ressource wieder auszubauen und zu stärken, muss die herausragende Aufgabe in dieser Legislatur sein.
Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen hat von 1998 bis 2011 stetig abgenommen, und hat mit 51,5 Prozent ihren bisherigen traurigen Tiefstand erreicht.
Würden die Nichtwähler durch fiktive freie Plätze im Landtag vertreten sein, dann blieben hier 34 Stühle leer und das beträfe alle Parteien.
Woran mag es liegen, dass am 4. September 2011 fast
700 000 wahlberechtigte Bürger zuhause geblieben sind?
Jede der demokratischen Parteien muss ihr Wahlergebnis an der Wahlbeteiligung messen.
Wir sollten die Ursachenbewertung nicht nur den Wahlforschern überlassen.
Wir sollten deshalb nicht nahtlos zur Tagesordnung sowohl des Opponierens als auch des Regierens übergehen.
Wir sollten nach den Ursachen der niedrigen Wahlbeteiligung fragen, diese benennen und in der Folge beseitigen.
Die Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen können, welchen Wert und Nutzen sie zunächst vom Gebrauch ihres Wahlrechts und dann aber auch von den politischen Entscheidungen haben.
Politik muss attraktiver und erlebbarer werden!
Ganz ernsthaft müssen sich alle Demokratinnen und Demokraten auch fragen, warum es der NPD erneut gelungen ist, in den Landtag einzuziehen.
Waren wir mit unseren politischen Angeboten nicht glaubhaft, nicht attraktiv genug?
Warum haben wir offenbar so viele Menschen nicht erreichen und überzeugen können, eine demokratische Partei zu wählen? Haben wir zu viele leere Räume gelassen, die die NPD für ihre antidemokratische Politik nutzen konnte?
Bei allen unterschiedlichen politischen Auffassungen denke ich, dass unter den demokratischen Parteien Einigkeit darüber herrscht, dass unsere Aufmerksamkeit und unsere Tätigkeit künftig stärker auf die Dörfer und Ortsteile des Landes gerichtet sein muss.
Wir dürfen kein Dorf, keine Siedlung vergessen – dort müssen wir wie in den Städten gemeinsam mit den Einwohnern und den Kommunalvertretungen verstärkt aktiv und wirksam sein.
In der Zusammensetzung des Landtages ist erkennbar, dass viele Abgeordnete aus den Städten kommen.
Ich werbe deshalb sehr dafür, dem ländlichen Raum in Ihrer politischen Arbeit künftig noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken.
In Mecklenburg-Vorpommern leben 54,4 Prozent der Bevölkerung in ausgeprägt ländlichen Räumen, das heißt in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.
43 Prozent der Bevölkerung leben in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern.
Und, denken wir daran, 85 Prozent der Landesfläche sind ländlich geprägt.
Die andere Seite ist, neben der Landeshauptstadt Schwerin ist Rostock das zweite urbane Zentrum, das nach der Kreisgebietsreform seine Kreisfreiheit bewahrt hat. In dieser Stadt leben etwa 200.000 Bürgerinnen und Bürger, in diesem Landtag wird diese Stadt allein durch 11 Abgeordnete vertreten.
Bei der SPD-Fraktion sind dies 4 von 28 also 14%, was etwa dem Durchschnitt des Landtages

entspricht.
Bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind es 3 von 6,
also 50%.
Gemessen an diesen Zahlen der „Rostocker Hanseaten“ sind die ländlichen Räume klar unterrepräsentiert.
Der ländliche Raum, das ist Mecklenburg-Vorpommern an sich.
Meine Damen und Herren,
die Zukunft des Landes Mecklenburg- Vorpommern wird ganz entscheidend mit der Zukunft der ländlichen Räume verknüpft sein.
Die ländlichen Räume sind nicht nur Räume für Ruhe und Erholung sowie eine Attraktion für immer mehr Besucher aus Deutschland und dem Ausland.
Sie sind auch Produktionsorte für eine hochmoderne, effektive und umweltgerechte Landwirtschaft, die in vielen Bereichen Spitzenleistungen erbringt. 20 000 Bäuerinnen und Bauern arbeiten täglich dafür.
Schon der in Parchim geborene niederdeutsche Schriftsteller Rudolf Tarnow wusste Anfang der 1920er Jahre in seiner „Reichstags-Wahlräd“ ganz genau: „Der Landmann ist der erste Stand, auf ihn stützt sich das Vaterland“.
Das wurde eindrucksvoll beim Landeserntedankfest am 2.10.11 in Anklam sichtbar.
Wir haben vielfältige Strukturen, Betriebsgrößen und Produktionsprofile. Diese Einheit in der Vielfalt hat dem Land bisher gut getan und wird weiterhin Basis des Erfolges bleiben.
Bei aller Idylle auf dem Land: Das Wort Landwirtschaft enthält vor allem den Wortstamm „Wirtschaft“.
Die Nachhaltigkeit in der Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem dabei in Einklang zu bringen wird auch in der heute beginnenden Legislatur ein wichtiges Thema sein müssen, das große Anforderungen an uns alle stellt.
Meine Damen und Herren,
es beginnt damit, dass dieses Land weiterhin ein kompetentes Ministerium erhält, das die komplexen Prozesse der Entwicklung der ländlichen Räume begleitet und leitet.
Dazu gehören zu allererst eine nachhaltige Lebensmittel-produktion unter den Bedingungen des Klimawandels, und der Produktion nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien.
Die mit der Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik nach 2013 anvisierten Ziele werden große Veränderungen für die Landwirtschaft bringen, die uns hier im Landtag noch sehr beschäftigen werden.
Wir werden je nach politischer Ausrichtung Teile der Reform begrüßen oder auch ablehnen. Einheitlichkeit wünschte ich mir in der Ablehnung der Kappung der Direktzahlungen für große Betriebe.
Eine solche Kappung trifft auch unsere Genossenschaften, die z.B. mit 40 Arbeitskräften 2000 ha bewirtschaften und mehrere Eigentümer-Familien ernähren. Darum müssen wir die Kappung gemeinsam verhindern.
Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns gegen die Verschwendung von Lebensmitteln und Rohstoffen einsetzen, denn die wichtigsten Herausforderungen des 21.Jahrhunderts sind Sicherung von Ernährung, Energieversorgung und Ressourcenschutz.
Meine Damen und Herren,
durch die extreme Witterung im Jahre 2011 wurden viele Wirtschaftsbereiche, vor allem aber die Landwirtschaft hart getroffen. Eine der ersten Aufgaben muss es deshalb sein, unverschuldet in existenzielle Not geratenen landwirtschaftlichen Unternehmen schnell zu helfen.
Deshalb haben der Auschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz in der 5.Wahlperiode, das Ministerium und der Landesbauernverband in mehreren Runden die Schäden analysiert, die bestehenden Hilfsmöglichkeiten erörtert, nach Finanzierungsquellen gesucht, und

der 6.Legislatur entsprechende Empfehlungen gegeben.
Ich werde bei meinem Einsatz für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft manchmal gefragt, ob sich das denn lohne – ob mich die Landwirtinnen und Landwirte dann auch wählen würden. Ehrlich gesagt, diese Frage kann ich nicht beantworten. Eines kann ich jedoch mit Sicherheit sagen: Wer sich den Ländlichen Räumen zuwendet, der entscheidet sich für die Zukunft des Landes.
Meine Damen und Herren,
so wie wir uns bei der Bedeutung und Entwicklung der Ländlichen Räume einig sein sollten, so sollten wir bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Standpunkte auch darin einig sein, dass wir uns im demokratischen Konsens gemeinsam für mehr Demokratie, mehr Offenheit und Toleranz einsetzen.
Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern haben als gewählte Volksvertreter dafür Verantwortung und wir haben vielfältige Möglichkeiten.
Wir stehen in der Verantwortung, Landesgesetze zu gestalten, und uns obliegt die Kontrolle der Regierung und der Verwaltung. Wir sollten und wir werden ganz genau hinschauen, wenn die Landesregierung Beschlüsse fasst.
Wir werden ganz genau hinschauen, welche Auswirkungen die Entscheidungen in Schwerin für die Menschen vor Ort haben und gegebenenfalls für Änderungen streiten und diese einfordern.
Unsere Arbeit hier im Parlament, die verantwortungsvolle Tätigkeit in den Fraktionen und Ausschüssen des Landtags, ist von besonderer Bedeutung.
Zumindest genauso wichtig ist es aber, die Probleme der Menschen im Land vor Ort aufzunehmen, sie ernst zu nehmen und wenn möglich im Interesse der Betroffenen tätig zu werden. Lassen Sie uns in diesem Sinne auch die möglichen Instrumente direkter demokratischer Beteiligung stärken. Auch das, da bin ich mir sicher, wird die Ressource Vertrauen enorm stärken und der Politik- und der Politikerverdrossenheit entgegenwirken.
Zum Abschluss zitiere ich aus der Plattdeutschen Fassung der Landesverfassung MV den Artikel 2:
„Mäkelborg-Vörpommern isn n`republikanischen, demokratischen un sozialen Rechtsstaat, dei in Verantwuurdung steiht för alls' wat von Natur ut för dat Läben nödig is."
Machen wir uns zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger an die Arbeit.
Ich wünsche uns Zielstrebigkeit, Weitsicht und Erfolg.

---

zurück zu: Prof. Dr. Fritz Tack
Quelle:
http://www.linksfraktionmv.de/nc/presse/pressemeldungen/detail/browse/3/artikel/re